

Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksoption

Zu beziehen durch
Josef Güttel, Wien, XXI, Stryedgasse 4
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ
Nr. 18 September 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig.— Preis bei Arbeitslosenvermittlung
und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S —90

Feme gegen die Arbeitslosen

Als „Die Frage, von der alles abhängt“ wurde von der Sozialdemokratie das Arbeitslosenproblem erklärt, ehe noch Lausanne Gesetz wurde. Von dieser Frage machte die Sozialdemokratie ihre Haltung zu den Lausanner Sanierungsgesetzen mit all ihren furchtbaren Lasten für die Werk­tätigen abhängig. Und das Ergebnis war:

Das 28. Verbrechen an den Arbeitslosen.

Wohl wurde die Warenumsatzsteuer, die ergiebigste und verbrecherischste aller Steuern, verdoppelt; um den Betrag von rund 170 Millionen Schilling jährlich dem Arbeitslosenfonds zuzuführen. Aber es wurde völlig im Dunkeln gelassen die große Frage der Ausgesteuerten. Zwar wurde in der SP-Presse auf den von ihr selbst als unzulänglich bezeichneten „Erfolg“ hingewiesen, der darin bestand, daß die seit 1. Jänner 1932 ausgesteuerten Arbeitslosen einer Ueberprüfung unterzogen werden und im Sinne von Richtlinien des in der 28. Novelle vorgesehenen, neugeschaffenen Arbeitslosenbeirates wieder in die Unterstützung einbezogen werden sollten, aber das allgemeine Problem der Aussteuerungen und der Untersttzungskrzung blieb nach wie vor offen. Nach einer Schätzung der freien Gewerkschaften müssen zehntausend der seit 1. Jänner d. J. Ausge-

steuerten wieder in die Notstandsabhilfe einbezogen werden, wenn dem Sinne der 28. Novelle Rechnung getragen würde. Eine übertriebene und an sich ganz unbedeutende Zahl, gemessen an der großen Armee der Ausgesteuerten.

Demn es bleiben ausgeschlossen aus den gnadenspendenden Wirkungen der 28. Novelle alle jene Arbeitslosen, die vor dem 1. Jänner d. J. ausgesteuert wurden, ferner jene, die wegen der Bestimmungen der 27. Novelle ausgesteuert wurden (Saisonarbeiter), und alle jene, die wegen „Notlage nicht vorhanden“, sowie alle, die aus anderen Gründen überhaupt keine Notstandsuntersttzung, bzw. Arbeitslosenversicherung erhielten.

Die von den Gewerkschaften geforderte

NA III

spielt in diesem vielmaschigen System, durch das Hunderttausende hindurch müssen, wenn sie der Gnade der 28. Novelle teilhaftig werden wollen, eine ganz besondere Rolle. Ihr Zweck sollte sein, die Aussteuerungen einzudämmen. In Wirklichkeit ist sie eine neue Folter für die Arbeitslosen und das Sprungbrett für die provozierende, schon vor zwei Jahren vom Handelskammertag geforderte Ein-Schilling-Unterstützung pro Tag geworden...

Die Femeverordnung des Ministers

Die SP und Gewerkschaftspresse ist wie vom Schlage getroffen. „Ein Generalangriff“ auf die Arbeitslosen ruft sie und die verantwortlichen Körperschaften fassen papierene Resolutionen gegen den drohenden Durchbruch des ohnehin schon hundertfach durchfherten Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Der Herr Minister für „soziale Fürsorge“ hat nicht den parlamentarischen Weg für seine Todesurteile gegen die Arbeitslosen gewählt. Vom Parlament ließ sich die Regierung unter der Deckung der Arbeitslosenfrage nur die Verdoppelung der Warenumsatzsteuer, die Erhöhung der Zölle und Posttarife, sowie das 570-Millionengeschenk an Rothschild bewilligen, um jetzt ihrem Kurs gegen die Arbeitslosen auf dem Wege des administrativen Verfahrens zum Durchbruch zu verhelfen.

Durch die geplanten „Richtlinien für die Gewährung der Notstandsabhilfe in den Jahren 1932 und 1933“ wird nicht nur die gnadenspendende 28. Novelle in ihrer bescheidenen Wirkung lahmgelegt, sondern die bisherige Praxis der Aussteuerungen, Untersttzungskrzungen und Willkür wird rationalisiert, die

130.000 Notstandsabhilfenbezieher

sollen am laufenden Band entweder ausgesteuert oder in die Ein-Schilling-NA III überwiesen werden.

Kürzung der Notstandsabhilfen

Sämtliche Unterstützungssätze der NA sollen abermals um 10 Prozent herabgesetzt werden, damit die Differenz zwischen der NA I und II und der NA III, die ja auf einen Schilling reduziert werden kann, nicht zu groß ist. Der Minister will die Arbeitslosen aufs Aussteuern vorbereiten, daher die Angleichung aller Unterstützungssätze an das Nichts.

Kürzung der Untersttzungstermine.

Die bisherigen Bestimmungen kannten keine Grenze für die Unterstützungsdauer. Freilich schuf die, wie die Feme organisierte Praxis der IBK immer vorwnde, daß niemand allzulang die x-mal reduzierte NA II bezieht, und das Todesurteil traf die von der langen Dauer der Arbeitslosigkeit Erschöpften. Nun aber soll es noch anders werden.

Arbeitslose unter 21 Jahren, die im Familienverband leben, sollen nur mehr NA I bekommen. Alle Arbeitslosen, die nicht Familienhalter sind, bzw. nicht selbständig leben, sollen die NA I nur 10 (bisher 48) Wochen, die NA II auch nur 10 (bisher in Wien ohne zeitliche Begrenzung) Wochen er-

Der Weg des „kleineren Uebels“ oder Massenkampf?

Die Sozialdemokratie liegt in ihren eigenen Schlingen gefangen. Sie hat der „Einstimmigenmehrheits-Regierung“ geholfen, den Lausanner Raubzug nach Hause zu bringen, und rühmte sich nachher ihrer

halten; danach ausgesteuert werden. Verheiratete ohne Kinder sollen die NA I durch 30, die NA II durch 20 Wochen erhalten. Verheiratete bis zu zwei Kindern bekommen, wenn es nach Herrn Resch geht, NA I durch 48, die NA II durch 30 Wochen. Verheiratete mit mehr als zwei Kindern bekommen die NA I durch 78, die NA II durch 52 Wochen.

Alle Arbeitslosen aber, die diese Fristen schon erreicht haben, würden demnach sofort ausgesteuert werden, was Zehntausende dem nackten Hunger in die Arme treiben würde.

Die NA III bekämen nur Familienhalter und alleinstehende Arbeitslose, die über 30 Jahre, und alle Arbeitslosen, die über 57 Jahre alt sind.

Notlage und Teuerung.

Aber selbst diese Galgenfristen werden nur jenen zuteil, die nach der Auffassung des Herrn Ministers eine begründende Notlage nachweisen können. Die Regierung hat zwar durch den Massenraub die Teuerung emporgetrieben, alles und jedes, was Arbeitsmenschen brauchen, mit der doppelten Warenumsatzsteuer, Zöllen, erhöhten Tarifen und Milliarden-geschenken an die Rothschilds und Groagrrer belastet, aber die Grenzen, bei denen nach der Meinung des Ministers für soziale Verwaltung (sprich „Vergewltigung“) Notlage beginnt, werden herabgedrückt. Die bisherigen Voraussetzungen für den Bezug der Notstandsabhilfe haben allen Mißbräuchen und der bürokratischen Willkür Vorschub geleistet. Was aber jetzt im Anzug ist, muß jedem sozialdenkenden Menschen das Blut in Wallung bringen und den leidenschaftlichen Sturm der Empörung in den Reihen der Arbeitslosen hervorrufen.

Selbst die NA I darf nicht mehr gewährt werden, wenn bei einem Ehepaar ohne Kinder oder mit einem Kind ein Ehegatte die Arbeitslosenunterstützung oder die NA bezieht oder wenn ein Verdienst von 18 bis 20 S (bisher 35 S) pro Woche erzielt wird. Bei Familien bis zu 3 Kindern darf die NA I ebenfalls nicht gewährt werden, wenn in der Familie ein Verdienst von 36 S wöchentlich vorhanden ist.

Dabei ist es ganz nebensächlich, ob der Arbeitslose im Familienverband oder getrennt von der Familie lebt. Bei den Wucherpreisen (Oesterreich ist das teuerste Land Europas), die die Bankrottspolitik der Regierung den Werk­tätigen aufgezogen hat, findet ein Minister der sozialen Verwaltung den Mut, fünf Menschen mit 36 Schilling Einkommen als nicht in Notlage befindlich zu erklären und ihren Angehörigen den Anspruch auf NA zu verweigern.

schändlichen Rolle, indem sie auf die Arbeitsfähigkeit des Parlaments hinwies. Den Arbeitern spielte sie die Komödie der „erfolgreichen“ Opposition vor. Der Rothschildbank nahm das arbeitsfähige Parlament

ihre 570 Millionen Schilling Nationalbankschulden ab, die Werk­tätigen wurden mit Hundertmillionen-Steuern belastet und die Arbeitslosen bekommen nicht einmal die kahlen Knochen: die 28. Novelle.

Und das, was man der Tragfähigkeit des Parlaments nicht mehr zumuten konnte, den Raubzug gegen die Arbeitslosen (um die Schulden der Rothschildbank begleichen zu können), verlegte die Regierung auf dem kalten Wege der administrativen Verordnung.

Jetzt hat die SP keinen Ausweg. Entweder Massensturm gegen die Femeverordnung der Regierung oder offener Verrat an den Arbeitslosen.

Die Sozialdemokratie wird den Weg gehen, der einem offenen Zusammenstoß mit der Bourgeoisie ausweicht; selbst um den Preis des Verrates an den Arbeitslosen.

Sie wird sich zum Wortführer und Bremser der Massen machen, wenn diese

„belgisch reden“.

wenn sich die Arbeiterklasse zusammenschweißt mit den Interessen der Arbeitslosen, wenn das Proletariat die Fahne des revolutionären Klassenkampfes erhebt und kämpft um

Arbeit und Brot

Der Planet ohne Visum

Trotzki darf nicht in die Tschechoslowakei.

Ein Jahr lang verhandelt Trotzki mit der tschechischen Regierung wegen seiner Einreise, um in einem Bad Linderung seines Leidens, das sich besonders unter den klimatischen Verhältnissen seines Verbannungsortes verschlechtert hat, zu finden. Endlich schien es, als ob sich die Pforten der europäischen Demokratie für den Revolutionär Trotzki ffnen würden, da setzte die Hetze der tschechischen Nationalsozialisten ein und die tschechische Regierung zog unter dem Vorwande, daß sie für die Sicherheit Trotzkis keine Verantwortung übernehmen könne, die bereits gegebene Einreisebewilligung zurück. Prag ist zwar der Zufluchtsort für russische Konterrevolutionre, aber nicht für Trotzki, den Organisator des Oktoberaufstandes.

An unsere Leser

Der „Mahnruf“ erscheint diesmal sechssttig und bietet eine Fülle von ernstem politischen und theoretischen Material über Fragen des Marxismus-Leninismus. Wir appellieren daher an unsere Leser und Freunde, sie mögen alle Kraft aufwenden, um unsere Ideen unter den klassenbewußten Arbeitern zu verbreiten und um sich selbst zu schulen im marxistischen Denken.

Aber auch finanziell müssen wir unsere Krfteverstrken. Es liegt an allen, mitzuhelfen im Werben um neue Leser und Abonnenten. Achtet nicht auf die gehässigen Lgen und Beschimpfungen unserer sozialdemokratischen und stalinistischen Gegner. Sie beweisen durch diese schändlichen Kampfmethoden nur ihre politische Ohnmacht gegen die scharfen Waffen unseres politischen Kampfes.

Die Redaktion und Verwaltung.

Warnung

vor Weltreform-Schwindel-Partei

Von vielen Seiten wird uns von Arbeitern mitgeteilt, daß Frauen und Männer aller Bevölkerungsschichten, durch Annoncen angelockt, ihren letzten Groschen (5 bis 30 Schilling und mehr) der Weltreform-Schwindel-Partei geben und ihr auf den Schwindel mit 1200 Schilling Monatsinkommen hinfallen. Es soll sich jeder um seine Groschen etwas zu Essen kaufen, und nicht diesem Schwindel überlassen.

Not tut, daß sich jeder einreihet in die proletarische Kampffront, um eine bessere Zukunft zu erkämpfen!

Die Krise der russischen Revolution und unsere Differenzen mit Trotzki

Wir haben uns in einer der letzten Nummern unseres Blattes mit der Einschätzung des Zentrismus (als eines „fehlerhaften Bolschewismus“) durch Gen. Trotzki befaßt.

Die heraufziehende Krise und ihr Charakter.

Trotzki hält, wie wir sahen, es für wahrscheinlich, daß eine Linksschwungung des Zentrismus unter den gegebenen Bedingungen in Deutschland bis zum Sieg über die Bourgeoisie, zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur, führen wird.

Diese optimistische Perspektive steht im Zusammenhang mit einer falschen Einschätzung dessen, was in der Sowjetunion im Verlauf der Linksschwungung des Zentrismus (seit Mitte 1928) erreicht wurde.

Trotzki sieht das Heranreifen der politischen Krise in der Sowjetunion; die Unzufriedenheit im Land wächst. Am besten kennzeichnet eine Gruppe Bolschewiki-Leninisten im Isolator Werchne-Uralsk die Lage. Sie schreibt in einem Artikel über den sich verselbständigenden Parteiapparat:

„Angefangen damit, daß er versucht, mit allen Klassen in Frieden zu leben, ändert er damit, daß er mit allen diesen Klassen im Streit lebt.“ (Siehe „Opp. Strömungen in der russischen Partei“, „Mahnruf“ Nr. 10, April 1932.)

Welchen Charakter wird die heranwachsende oppositionelle Strömung in der Arbeiterklasse tragen? Welche Perspektiven eröffnet die politische Krise?

Trotzki antwortet auf diese zwei entscheidenden Fragen:

„Die heraufziehende oppositionelle Welle ist nicht im geringsten gegen die sozialistischen Aufgaben, die Sowjetformen oder die Kommunistische Partei gerichtet...“ („Was nun?“, S. 81.)

„Der Umstand, daß sich die neue politische Krise vorbereitet auf der Basis erwiesener und unzweifelhafter Erfolge der Sowjetwirtschaft, zahlenmäßigen Wachstums des Proletariats und erster Erfolge der kollektiven Landwirtschaft, bietet ausreichende Garantie dafür, daß die Liquidierung der bürokratischen Selbstherrlichkeit nicht mit einer Erschütterung des Sowjetsystems zusammenfallen wird, wie man es noch vor 3-4 Jahren befürchten konnte, sondern mit dessen Befreiung, dessen Aufschwung und Blüte.“ (S. 82.)

Genosse Trotzki erblickt jetzt in den unzweifelhaften ökonomischen Erfolgen in der USSR „ausreichende Garantien“, daß das Sowjetsystem nicht gefährdet ist. Am Beginn des neuen Kurses, d. h. des Bruches Stalins mit Bucharin, schrieb er dagegen:

„Die historische Rolle der Stalinschen Periode besteht darin, daß auf ihrem Rücken die Macht vom Proletariat zur Bourgeoisie hinübergelitten.“ („Fahne des Kommunismus“, 3. Jahrgang, Nr. 1, 4. Jänner 1929.)

Auch wir hoffen heute, wie stets in der Vergangenheit, daß die Liquidierung des bürokratischen Regimes erfolgen wird, ohne daß eine Erschütterung des Sowjetsystems stattfindet. Aber im Gegensatz zu Trotzki sehen wir in den Veränderungen der ökonomischen Fundamente der proletarischen Diktatur in den Jahren seit 1928 keine „ausreichenden Garantien“.

Ist die Periode der Nep objektiv beendet?

Gewiß wurden im Rahmen der Planwirtschaft große ökonomische Erfolge erzielt. Selbst in der bürokratischen Umklammerung erwies sich die historische Überlegenheit der planwirtschaftlichen Methode über die kapitalistische Wirtschaftsarchitektur.

Durch die Erfolge der Industrialisierung wurde das spezifische Gewicht des privatkapitalistischen Elements in der Wirtschaft geschwächt. Diese Erfolge haben auch das Kräfteverhältnis zwischen Stadt und Dorf, zwischen Proletariat und Mittelbauern zugunsten des Proletariats verbessert. Der Übergang zu lebensfähigen Kollektiven, der nur auf der Basis einer neuen Produktionstechnik im Dorfe möglich ist, wurde erst durch die industriellen Erfolge ermöglicht.

Aber diese unbestreitbaren Erfolge geben der Wirtschaft noch keinen sozialistischen Charakter; sie haben den Grundcharakter der Nep nicht geändert, über den Lenin auf dem 3. Weltkongreß sagte:

„Der Bauer hat das Recht, den Rest seines Getreides nach Leistung der Natursteuer frei auszutauschen. Diese Freiheit des Austausches bedeutet Freiheit des

Kapitalismus... Freiheit des Handels bedeutet Freiheit des Kapitalismus, aber eine neue Form des Kapitalismus: es bedeutet, daß wir den Kapitalismus bis zu einem gewissen Grade neu schaffen. Wir tun das ganz offen. Es ist Staatskapitalismus. Aber Staatskapitalismus in einer Gesellschaft, in der der Kapitalismus die Staatsgewalt hat, und der Staatskapitalismus in einem proletarischen Staat sind zwei verschiedene Begriffe...“

Hat die Kollektivierung dies aufgehoben? Alle, die bis jetzt der Meinung waren, die Kollektive sei bereits der „Sozialismus im Dorf“, die befehrt jetzt die neue Verfügung der Sowjetregierung, die ausschließlich das Recht der Kollektiven auf den freien Verkauf des Getreideüberschusses, der ihnen nach Ablieferung der herabgesetzten Kontingente, die sie zu staatlich geregelten Preisen abliefern müssen, verleiht, eindeutig, daß die „Freiheit des Austausches“, von der Lenin spricht, auch für den „vergesellschafteten Bauern“, für die Kollektive gilt. Oder ist es nur Kapitalismus, wenn ein einzelner Bauer Getreide verkauft, nicht aber, wenn dies 50 Kollektivbauern gemeinschaftlich tun?

Aber das Wesentliche an der Stalinschen Politik ist nicht der Rückzug, den er in den letzten Monaten vor den Mittelbauern in der Kollektive sowohl in der Frage der Vieh- wie der Getreidewirtschaft angetreten hat. Diese Rückzüge sind angesichts der abenteuerlichen Sprünge nach vorwärts unvermeidlich geworden. Das Wesentliche ist, daß das Zurückweichen vor den Mittelbauern bei gleichzeitig verschärftem Druck auf die wirtschaftliche und rechtliche Lage der Arbeiterklasse erfolgt. Dem Druck der besitzenden Schichten im Dorfe nachgebend, leitet der bürokratische Apparat diesen Druck auf das Proletariat weiter und verschärft ihn noch.

Die Rolle der Partei.

Nach einer Periode der Veränderungen des Kräfteverhältnisses zwischen Stadt und Dorf zugunsten der Arbeiterklasse (1928-31) bedroht jetzt die Stalinsche Politik ihre eigenen Erfolge. Die Gefahr des Krieges droht im Lande selbst den kulakisch-mittelbäuerlichen Oegendruck auf den linken Zickzack zu verschärfen und zur Preisgabe neuer Positionen der Oktoberrevolution durch den Zentrismus zu führen.

Sich von der Arbeiterklasse emanzipierend, durchsetzt mit klassenfeindlichen Elementen, wird der bürokratische Staatsapparat zu einem entscheidenden Faktor der Verschärfung aller ökonomischen Widersprüche, zu einem krisenerzeugenden Faktor in ökonomischer und politischer Hinsicht.

Auch das Zurückbleiben entscheidender Teile der Industrie (Eisen, Stahl, Walzreien) hinter den Plänen ist ein alarmierendes Zeichen. Die Durchbrechung der Planwirtschaft durch die Stalinschen 6 Punkte (Juni 1930), nach denen jeder Betrieb angewiesen ist, sich selbständig die notwendigen Arbeitskräfte zu verschaffen, die Getreidesabotage der Sowchosen in der Kampagne im Herbst 1931, das sind innere Widersprüche im ökonomischen Unterbau, die um so gefährlichere Formen annehmen müssen, je mehr die Kontrolle durch eine lebendige Partei fehlt.

Hat die Partei aufgehört, zu existieren?

Daß sich die Partei mitten im Prozeß des Absterbens — nicht des „sozialistischen“, sondern des bürokratischen — befindet, das weiß niemand besser als Trotzki, der viel weiter als die deutsche Linke geht, wenn er schreibt, daß im Gegensatz zu Deutschland oder Frankreich, wo es noch Komm. Parteien gibt, in der USSR die Partei nicht mehr besteht.

„In der USSR ist die Lage wesentlich anders. Die Partei existiert dort nicht... Unter solchen Bedingungen wird ein Koalitions-ZK seinem Wesen nach nichts anderes sein, als ein Organisationskomitee zur Wiederherstellung der Partei.“ (Bulletin der Opp., Nr. 25/26, November-Dezember 1931.)

Kann man aber von „Garantien für einen neuen Aufschwung“ sprechen, wenn der Tragpfiler der proletarischen Diktatur, die Komm. Partei, zerbröckelt? Droht nicht vielmehr unter diesen Bedingungen eine heraufziehende politische Krise, alle sozialen Widersprüche zu beleben?

Trotzki meint, daß die „nicht mehr existierende“ russische Partei durch eine Koalition der Linken mit den Rechten und Zentristen (Koalitions-ZK) wieder aufgerichtet werden muß. Wir teilen diesen Standpunkt nicht. Erstens ist es eine Uebertreibung, zu behaupten, daß in der USSR die Partei nicht mehr existiert. Sie befindet sich dort in einem fortgeschrittenen Prozeß der Entartung, der inneren Verknöcherung und der Bürokratisierung — ebenso wie in Deutschland — aber sie hat nicht aufgehört, zu bestehen, sie ist noch regenerationsfähig.

Gegen ein Koalitions-ZK!

Aber selbst, wenn Trotzki recht hätte, wenn die Partei nicht mehr bestünde, dürften wir sie dann auf der Basis einer Koalition mit den Zentristen und Rechten aufbauen? Haben wir nicht stets gesagt, daß die Rechten den thermidorianischen Flügel der russischen Partei bildet, daß ihr Programm den kapitalistischen Weg der Entwicklung der Produktivkräfte in der USSR darstellt?

Und wir sollen nun die Partei auf der Basis einer Koalition mit den Thermidorianern aufbauen?

Hier verfällt Gen. Trotzki von der Uebertreibung in die vulgäre Blockpolitik — die er ja leider auch praktisch in der Intern. Opposition betreibt, wie am sinnfälligsten seine Fähtung gegen die liquidatorische Walcher-Gruppe zeigt.

Perspektiven und Aufgaben.

Es ist noch nicht lange her, das hat Trotzki sehr klar und sehr eindeutig dargelegt, daß der bürokratische Apparat zum mächtigsten Hebel wird, der auch die Richtung der sozialen und ökonomischen Prozesse entscheidend einfließt.

„Vor dem Moment an, wo die Parteitradition bei den einen und die Angst vor ihr bei den anderen aufhört, die offizielle Partei zusammenzuhalten, und die feindlichen Tendenzen nach außen durchbrechen, wird die Staatswirtschaft die ganze Kraft der politischen Widersprüche jäh verspüren. Jeder Trust und jede Fabrik werden die von oben kommenden Pläne und Direktiven umstoßen, um mit eigenen Mitteln ihre Interessen zu sichern. Abmachungen zwischen einzelnen Betrieben und dem Privatmarkt hinter dem Rücken des Staates werden aus einer Ausnahme zur Regel werden. Der Kampf zwischen den Betrieben um Arbeitskräfte, Rohstoffe, Absatzmärkte wird automatisch unter den Arbeitern den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen auslösen. Die auf diese Weise unvermeidliche Liquidierung des Planprinzips würde nicht nur die Wiederherstellung des Innenmarktes bedeuten, sondern auch die Durchbrechung des Außenhandelsmonopols. Die Leitungen der Trusts würden sich schnell der Lage von Privateigentümern oder Agenten des ausländischen Kapitals nähern, an das sich zu wenden viele von ihnen in ihrem Kampf ums Dasein gezwungen wären. Im Dorf, wo wenig widerstandsfähige Formen der Kollektiven kaum erst Zeit gehabt haben würden, die kleinen Warenerzeuger zu erfassen, müßte der Zusammenbruch des Planprinzips jäh die Elemente der ursprünglichen Akkumulation entfesseln. Der administrative Druck könnte die Lage schon allein deshalb nicht retten, weil der bürokratische Apparat das erste Opfer der nach außen dringenden Widersprüche und zentrifugalen Tendenzen werden würde. Ohne die durchgeißelte und bindende Kraft der Komm. Partei wären folglich Sowjetstaat und Planwirtschaft zum Zusammenbruch verurteilt.“ (Hervorgehoben von uns. Anm. d. Red.) („Probleme der USSR“, S. 19.)

Hier zeigt Trotzki die unlösbare Verbundenheit der ökonomischen und sozialen Prozesse mit der Entwicklung der Partei.

Und diese Partei besteht noch in der USSR, sie ist noch nicht verschwunden, sie kann noch im zähen Kampf der zentristischen Bürokratie wieder entrisen werden. Aber dazu ist es notwendig, daß die russische Opposition ihr historisches Recht nicht um eines Linsengerichtes willen preisgibt. Sie war es, die die Partei rechtzeitig vor den Rechten und ihrem thermidorianischen Programm gewarnt hat. Sie hat den Zentrismus zum Kampf, zum Bruch mit den Rechten vorwärtsgepeitscht. Darin bestand eine ihrer progressivsten Seiten, als sie bereits in der WKP unterlegen war. Sie würde sich selbst aufgeben, wenn sie die illusionäre und im Wesen prinzipienlose Parole des Koalitions-ZK verteidigen wird.

Spectator.

Zersetzungserscheinungen in den zentralistischen Bürokratien

Das Versagen der Komintern in der gegenwärtigen Krise und der Bankrott des politischen Kurses ihrer Sektionen ist von einem ständig wachsenden Verfall des bürokratischen Apparates begleitet. Wohl besitzt der Apparat noch die Kraft, mit Gewalt jede innere Diskussion in der Partei zu verhindern und durch fortwährende Ausschlüsse die kritisch werdenden Parteigenossen zu entfernen, aber innerhalb des Apparates jeder Partei wächst selbst die allgemeine Unsicherheit, das Vertrauen zur Führung und der innere Zusammenhalt.

In der russischen Partei war der offene Angriff Stalins auf Jaroslawski eines der ersten Symptome dieser inneren Zersetzung des zentristischen Apparates. Dieser Prozeß hat in den letzten Wochen und Monaten weitere Fortschritte gemacht. Die allgemeine Lebensmittelknappheit, die tiefe und wachsende Unzufriedenheit der Arbeiter führt zu Schwankungen in Teilen des unteren Apparates. In einem Brief, den wir kürzlich aus Leningrad erhielten, schreibt ein Genosse:

„Die allgemeine Stimmung ist deprimiert. Alle klagen über die Lebensmittelknappheit und Teuerung. Die schlechten Löhne senken die Arbeitslust der Arbeiter. Und dann der alles überwuchernde Bürokratismus. Es ist unfassbar, wie hoch der Prozentsatz der Bürokratie in den Betrieben ist. Man zweifelt an der Richtigkeit der

„Generallinie“, vor allem zu den Tempos. Von Stalin spricht man nicht. Dafür hört man um so öfter: „Ja, wenn Lenin noch wäre. Dann wäre es ganz anders.“ Unter den älteren Parteigenossen hört man manchmal über Trotzki sprechen. Es sind meist Funktionäre, die schweigend ihre Pflicht erfüllen. Sie sind fast alle infolge Ueberarbeitung in der Partei am Rande eines Nervenzusammenbruchs. Wenn sie in ihrer Hetzjagd einmal eine Stunde Zeit haben und wenn man ihr Vertrauen hat, dann kann man mit ihnen offen über oppositionelle Fragen sprechen. Sie schimpfen nicht mehr über uns. Sie kritisieren manches an uns, aber — und das ist das Bemerkenswerte — sie sprechen kein Wort über Stalin. Fragt man sie direkt, so sind sie sehr zurückhaltend...“

In einem Brief aus Moskau, den Trotzki in seiner Presse veröffentlicht, heißt es u. a.:

„Die Formen des Abrückens von Stalin haben einen passiven und abwartenden Charakter. Der Durchschneitbeamte versucht sich der Parteimeise in dem Sinne anzugleichen, daß er Stalin die Ausbrüche des Enthusiasmus versagt... Am 23. Februar besuchte Stalin das große Theater. Solche Besuche werden selbstverständlich vorbereitet, nicht nur vom Standpunkt der Sicherheit (was selbstverständlich ist), sondern auch vom Standpunkt des gebührenden „Empfanges“. In vergangenen Jahren rief

das Händelatschen der „Initiativgruppen“ unvermeidlich die Unterstützung eines bedeutenden Teiles der Theater-Bürokraten hervor. Am 23. Februar wurde Stalin mit kaltem Schweigen empfangen...“

Die schlechten Lohnverhältnisse insbesondere in der Textilindustrie haben Ende Juli zu einem mehrtägigen Streik in Iwanowo-Wosnesensk geführt, der erst nach einer persönlichen Intervention Kagonowitsch beigelegt wurde.

Die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse mit dem zentristischen Kurs ist die treibende Kraft, die in der USSR zu einer Erschütterung der Einheitslichkeit des bürokratischen Apparates führt. Apparaturfraktionen, wie seinerzeit die von Syrzow-Lemnade (1930) werden wahrscheinlich die nächste Etappe in der Weiterentwicklung dieses Prozesses sein.

Ähnlich liegen die Dinge in fast allen Sektionen der Komintern. Es ist bekannt, daß in Frankreich im Jahre 1931 der Kampf im Apparat zu einem offenen, prinzipienlosen Kräfteessen der Apparat-Gruppen geführt hat, in dessen Verlauf die „Gruppe der Jungen“ (Barbé & Co.) gestürzt wurden. In Deutschland verschärfen sich die prinzipienlosen Apparatkämpfe außerordentlich. Als nach dem Staatsstreich des 29. Mai in der deutschen Arbeiterklasse ein starker Aufschwung einsetzte, der zu spontanen Massenaktionen gegen die SA (Berlin, Ruhrgebiet) und zur Bildung von zahlreichen Einheitsfrontkomitees führte, da benutzte die Gruppe Thalmann-Leow-Hirsch diese Gelegenheit zu einem Sturz der

Die Gegenwart im Spiegel der marxistischen Analyse

Ann. d. Redaktion: Nachstehend veröffentlichen wir einige Kapitel aus den Thesen, die die Reichsleitung im August-September 1930, also vor mehr als zwei Jahren, zur Diskussion stellte, und die von der 1. Reichskonferenz der Linken Opposition (Berlin, Oktober 1930) angenommen wurden. Diese Thesen zeigen, wie recht die Linke bereits am Beginn der politischen Krise in Deutschland die zentralen Fragen beurteilt hat.

Parlamentarismus — Diktaturregime — Faschismus.

9. Der Übergang der Bourgeoisie zu diktatorischen Maßnahmen (Artikel 48) erfolgte im offenen Gegensatz zur Verfassung der Bourgeoisie, die keinerlei gesetzliche Handhabe für Ausnahmezustände zur Durchführung eines Steuerprogramms bietet. Daß die Bourgeoisie sich in offenen Gegensatz zu ihrer eigenen Verfassung setzen mußte, ist einer der sichtbarsten Beweise dafür, daß sich die wirtschaftliche Krise zu einer politischen Krise vertieft. Die Krise der bürgerlichen Demokratie und der bürgerlichen Parteien ist ein Ausdruck dieser Entwicklung. Die wirtschaftliche Vormachtstellung der Monopolverbände ist mit dem gegenwärtigen politischen Ueberbau in Widerspruch geraten. Die „demokratische“ Republik von Weimar, die auf dem Rücken der geschlagenen proletarischen Revolution errichtet wurde, entspricht heute nicht mehr den geänderten Verhältnissen, der Umschichtung in der Bourgeoisie selbst, in deren Verlauf das Monopolkapital die unbestrittene Vormacht ökonomisch erlangt hat. Auf dem Wege des Artikels 48, beziehungsweise mittels eines neuen Bürgerblockregimes unter Einbeziehung der Faschisten die Form der demokratischen Republik dem neuen Inhalt, der Herrschaft des Monopolkapitals anzupassen — das ist das Ziel der Trustbourgeoisie. Die bürgerlichen Parteien, kommandiert von den Monopolverbänden, werden in dem Maße zersetzt, in dem die wirtschaftliche Krise sich entwickelt und die Gegensätze zwischen den Interessen des Monopolkapitals und jenen der mittel- und kleinbürgerlichen Wählermassen mit ganzer Schärfe offenkundig werden. Auf der Basis dieser Entwicklung ist der Übergang großer Massen aus dem Lager der alten bürgerlichen Parteien in das der Faschisten erfolgt. Doch unterliegt es keinem Zweifel, daß es dem Faschismus auch zu einem Teil bereits gelungen ist, die tiefen Enttäuschungen proletarischer Massen über den Verrat der SPD und die Unfähigkeit der KPD-Führung sich nutzbar zu machen.

10. Die Trustbourgeoisie, die politisch und materiell den Wachstums-Prozess des Faschismus fördert, denkt nicht daran, dem Faschismus die politische Macht im Staate zu übertragen. Ihr Ziel ist vielmehr eine Veränderung der Verfassung (Reichsreform, Wahlreform usw.), um die bestehenden demokratischen Rechte der Arbeiterklasse zu beseitigen. Freiwillig auf die großen Vorteile zu verzichten, die das parlamentarische System bei der Niederhaltung der Massen bietet, ist die Diktatur keineswegs bereit.

Das Diktaturregime besitzt in den bürgerlichen Parteien kaum eine genügend breite politische und organisatorische Basis, um den Weg des Staatsstreiches zu Ende zu gehen. Je stärker sich die Gärung in den Massen im Verlauf der weiteren Entwicklung der Krise entfalten wird, um so mehr muß das Staatsstreich-Regime Anlehnung an den Faschismus suchen. Die Eingliederung des Faschismus in das Bürgerblockregime ist das Ziel der Trustbourgeoisie.

Der Faschismus wird genährt und begünstigt von der wachsenden Unzufriedenheit der zugrundegehenden kleinbürgerlichen und halbproletarischen Massen. Der politische Umsturz, von dem die faschistischen Massen eine grundlegende Veränderung ihrer unerträglichen wirtschaftlichen Lage erwarten, bleibt das Ziel des Faschismus auch dann, wenn er sich vorübergehend in das Bürgerblockregime eingliedert. Der Faschismus wird, wenn sich das Staatsstreichregime als zu schwach erweist, aus eigener Kraft die Massen niederzuhalten, versuchen, die gesamte politische Macht an sich zu reißen. Die Frage der faschistischen oder proletarischen Diktatur ist die Alternative, die die Staatsstreichspolitik letzten Endes auslösen wird.

11. Die Auffassung der Parteiführung, daß sich der Sieg des Faschismus allmählich, auf dem Wege der Faschisierung der bürgerlichen Parteien, der SPD und des Staatsapparates vollziehen wird, ist geeignet, die größte Verwirrung anzurichten.

Die fortschreitende politische Reaktion, die Rechtswendung des gesamten politischen Ueberbaues des kapitalistischen Deutschlands unter den Stößen der Wirtschaftskrise ist nicht gleichbedeutend mit dem Sieg des Faschismus. Der Faschismus ist nicht die politische Reaktion im allgemeinen, sondern eine ihrer Formen, und zwar ihre konsequenteste. Das Fortschreiten der sozialen und politischen Reaktion, insbesondere der Übergang zum Diktaturregime, fördert den Sieg des Faschismus, ist aber nicht identisch mit diesem. Auch die Erfüllung einzelner Forderungen des Faschismus und die Erweiterung des Diktaturregimes durch Einbeziehung von Faschisten nach dem Thüringer Muster ist nicht gleichbedeutend mit dem Sieg des Faschismus. Eine solche Eingliederung von Faschisten in das parlamentarische Regime, in einen Bürgerblock würde im wesentlichen der vorläufigen Lösung der österreichischen Krise entsprechen.

In Oesterreich ist der Faschismus keineswegs an der Macht, wie es das EKKI und das ZK der KPOe behaupten*). Das dort herrschende Regime, das die Interessen des Finanzkapitals, der Großgrundbesitzer und der Großbauern vertritt, hat den Faschismus nicht an die Macht gelassen (Ausweisung von Faschistenführern usw.), sondern ihm gewisse Zugeständnisse gemacht (Verfassungsänderung, Antitrustgesetz, Handelsministerposten usw.). Eine solche Lösung kann aber nicht als endgültig betrachtet werden. Der erbitterte Kampf zwischen Proletariat und Faschismus um die Herrschaft in

den Betrieben, um die Gewerkschaften, das Recht auf die Straße geht weiter. In zahllosen Kleinkämpfen versucht der österreichische Faschismus die Kraft der Arbeiterklasse zu zermürben, und dann zum letzten Schlag auszuholen.

Der Versuch des Faschismus, die politische Macht in Deutschland an sich zu reißen, wird die SPD veranlassen, die Arbeiterklasse zur „Verteidigung“ der letzten Trümmer der bürgerlichen Demokratie aufzufordern. Wenn es der SPD gelingt, unter dieser Parole die Arbeiterklasse in den Dienst der Bourgeoisie zu stellen, wenn sich die KPD als unfähig erweist, das zum Kampf gegen den Faschismus entschlossene Proletariat in revolutionäre Massenaktionen für seine eigenen Klassenziele zu führen, so wird die gegenwärtige Etappe des Klassenkampfes mit einer neuen, schweren Niederlage des Proletariats abschließen, ähnlich wie 1923, wo es der Bourgeoisie gelang, mit Hilfe der Sozialdemokratie das revolutionäre Proletariat niederzuwerfen und — den Faschismus in Schach haltend — ihre Herrschaft für längere Zeit zu festigen.

1923 war eine längere Atempause für die deutsche Bourgeoisie möglich, da der einsetzende wirtschaftliche Aufstieg zu einer Beruhigung der Massen führte. Ohne eine solche hätte die bürgerliche Demokratie sich nicht halten können, sondern wäre entweder einem neuen proletarischen oder faschistischen Ansturm erlegen.

Die Frage, ob die Bourgeoisie in Deutschland in der nächsten Zeit dem Faschismus die Macht im Staate wird überlassen müssen, wird im wesentlichen von dem weiteren Verlauf der Krise abhängen. Die Auffassung der Rechten vom Faschismus als — „klassischer Herrschaftsreform des Finanzkapitals“ stellt eine unmarxistische Konstruktion dar. Die klassische Herrschaftsreform der Bourgeoisie bleibt auch in der Epoche des Finanzkapitals der parlamentarische Staat, der die Klassendiktatur der Bourgeoisie erfüllt, während der Faschismus an der Macht eine derartige Verschärfung der Klassegegensätze bedeutet, daß die Klassenkämpfe nicht anders als in der Form des Bürgerkrieges ausgetragen werden.

Ann. d. Red.: Daß die SPD am 20. Juli selbst auf den leinsten Widerstand verzichten konnte, ohne daß es über ihren Kopf hinweg zu Aktionen der Arbeiterklasse kam und ohne daß diese durch die jammervolle Kapitulation wesentlich erschüttert wurde, zeigt, wie furchtbar weit die KPD auf dem Wege der Bankrottspolitik von 1923 — wenn auch mit einer anderen Taktik — vorgeschritten ist.

Die Hunger-Notverordnung Papens

Wir haben uns in der letzten Nummer eingehend mit der Rede Papens in Münster befaßt, in der er die Hauptlinien der neuen Notverordnung skizzierte. Die nunmehr veröffentlichte Notverordnung geht noch weit über die Ankündigungen Papens hinaus.

Auf dem Gebiet der Lohnpolitik sieht die angekündigte Sprengung des Tarifvertrages folgendermaßen aus: Dem Tarifvertrag unterliegen nur 30 Wochenstunden. Der Lohn von der 31. bis einschließlich der 40. Wochenarbeitsstunde kann gesenkt werden, und zwar hängt die Senkung von der Mehrinstellung von Arbeitern im Betrieb ab. Nachfolgend das Schema der Regierung für die Lohnkürzung:

Lohnkürzung (von der 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde)	bei einer Vergrößerung der Belegschaft um
10 Prozent	5 Prozent
20 Prozent	10 Prozent
30 Prozent	15 Prozent
40 Prozent	20 Prozent
50 Prozent	25 Prozent

Praktisch bedeutet das: Ein Betrieb, der jetzt 100 Arbeiter beschäftigt, die 35 Mark bei 40stündiger Arbeit verdienen, zahlt wöchentlich 3500 Mark Lohn. Nach der Notverordnung stellt der Unternehmer 25 Arbeiter ein. Die

Folge ist, daß die 100 alten Arbeiter nur mehr 31.50 Mark bekommen; die gesamte Lohnsumme für alle 125 Arbeiter hat sich von 3500 Mark auf 3937 Mark erhöht. Dafür aber erhält der Unternehmer nicht nur die Mehrarbeit von 25 Arbeitern, sondern von der Regierung noch 10.000 Mark im Jahr als Prämie für die Einstellung dieser 25 Arbeiter. Dazu kommt noch die Subvention durch Steuergutscheine.

In landwirtschaftlichen Betrieben können nicht nur die Löhne von der 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde, sondern der gesamte Lohn entsprechend gesenkt werden, wenn Mehr-einstellungen stattfinden.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik diktiert sich die Regierung das Recht zu, von der Unfallversicherung bis zur Wohlfahrt alle Einrichtungen, Leistungen usw. nach eigenem Gutdünken zu „reformieren“ — d. h. praktisch diktatorisch zu verschlechtern und zu beseitigen.

Als Antwort auf diesen furchtbaren Schlag der Regierung hat die SPD und der ADGB unter der herrlichen Parole: „Reichstag, greif an!“ Anträge im Reichstag eingebracht, diese Notverordnung aufzuheben und die Schlüsselindustrien zu verstaatlichen. Kein schlechter Witz am Krankenbett des sterbenden Reichstags. Bertram.

Oesterreichische Manöver

Die deutsche Zeitschrift Trotzki's veröffentlicht in ihrer Nr. 21 folgende Notiz:

„Wie uns Gen. Karl Mayer, bisher Vorsitzender der „Mahnruf“-Gruppe, in einem längeren Schreiben mitteilte, haben die dortigen Genossen mit Mehrheit beschlossen, aus der Landau-Gruppe auszuschließen. Die Genossen sind zur Erkenntnis gekommen, daß sie in der Frage Einheit der Internationalen Linksoptionen hinter Licht geführt wurden, und haben daraus die Konsequenz gezogen. Wir können einen solchen Schritt nur begrüßen und hoffen, daß es jetzt bald auch in Oesterreich zu einer fruchtbarer Zusammenarbeit aller hinter der Linksoption (Bolschewiki-Leninisten) stehenden Kräfte kommen wird. Wir werden eine solche Entwicklung mit allen Kräften unterstützen.“

Das zwingt uns, einige Worte den neuen, nicht gerade erhebenden Manövern zu widmen, die jetzt in Oesterreich versucht werden.

Vor einiger Zeit schrieb Trotzki an sein Berliner Büro einen Brief, in dem er sich für die Wiederaufnahme Freys aussprach. Gegen diese Wiederaufnahme setzte nun eine Kampagne Polzers (Krüger) ein, der damals der Gruppe der Permanentler als Mitglied ihrer Reichsleitung angehörte.

Polzer kehrte nach Wien zurück und verbündete sich dort mit einem kleinen Oppositions-Splitter aus der Frey-Gruppe, einem gewissen B. Grad. Diese „neue Gruppe“ trat nun an die Leitung der „Mahnruf-Gruppe“ heran und schlug ihr vor, sich zu vereinigen, gemeinsam zu Frey zu gehen, da sich Trotzki für Frey ausgesprochen hat, und innerhalb der Frey-Gruppe Frey selbst auszuschließen. Die „Mahnruf-Gruppe“ lehnte ein solches verächtliches Manöver ab — die Gruppe Polzer-Grad behauptete, daß es im Einverständnis mit dem „Intern. Büro“ geschehe — nur eine winzige Minderheit (Mayer-Thoma) der „Mahnruf-Gruppe“ ließ sich betören und verließ die Fraktion, um sich an diesem Manöver zu beteiligen.

Frey merkte das Manöver und schreibt jetzt an die Adresse Trotzki's und seines Intern. Büros folgende liebenswürdige Zeilen:

„Der Latrinestößbrigadier (gemeint ist der Kapitulant I. Graß, der 1929/30 Sekretär Trotzki's war. Ann. d. Red.) hatte unbegrenztes Vertrauen, höchste Gunst und Unterstützung in allen, wirklich in allen Mitteln, er konnte intriguieren soviel er wollte, mochte es noch so lumpig sein, gut war's — wenn's nur gegen uns ging... Die „Verwender“ haben sich kalte Füße geholt und Riesensblamagen... Einstweilen schaut die Gegenwart allerdings so aus: die sich so oft schon blamiert haben, sind geschäftig daran, sich eine neue Blamage zu bereiten. Hinter den Kulissen versteckt, insgeheim hinter unserem Rücken, nach schäblicher Intrigantmethode kneten sie aus Abfallprodukten einen Teig, mit dem sie uns — versteht sich auf dem Weg einer Einigung, vergelten, das heißt, um die Ecke zu bringen hoffen...“ („Arbeiterstimme“, Nr. 109.)

Wir, die diesen häuslichen Streit innerhalb der Fraktion des Gen. Trotzki mit ansehen müssen, können darüber keine Freude empfinden. Weder an den unpolitischen Einigungsmanövern des Intern. Büros, noch an den Verteidigungs-

methoden Freys. Das innere Regime des Gen. Trotzki in seiner internationalen Gruppe trägt die volle Verantwortung für die beschämenden Vorgänge in Oesterreich; dafür, daß Frey trotz seines Opportunismus aufgenommen werden sollte, dafür, daß in seinem Namen solche unwürdige Manöver in Oesterreich von den Polzer und Grad unternommen werden.

Diese neuesten Erfahrungen zeigen wieder mit besonderer Eindringlichkeit, wohin eine Fraktion kommt, in der die Arbeiterdemokratie beseitigt ist, wo statt gewählten Körperschaften ernannte Kommissäre treten. Wir haben mehr als zehn Jahre die Kommissäre des EKKI, zuerst Sinowjew, dann Bucharin und Stalins, scheitern sehen; die Kommissäre von Prinkipo sind denselben Weg gegangen von Molinier bis Markin. Es liegt nicht an den Kommissären, es liegt an dem Kommissärsystem, daß diese Methoden statt selbständig denkender Kader prinzipienlose Cliquen schaffen.

Sterilisierung und Geschäft

Den Professor Dr. Scherz hat die klerikale Kamarilla mit Haß und Rache verfolgt, weil er nach wissenschaftlichen Methoden proletarischen Männern auf ihren Wunsch die Zeugungsfähigkeit unterbunden hat. Diese Form der Sterilisierung entsprach dem sozialen Gedanken. Was man Dr. Scherz verreckelt hat, haben sich gerissene Geschäftsmacher zunutze gemacht. Geführt von dem bekannten Geschäftsanarchisten Großmann (Pierre Ramus), der den Rahm abgeschöpft hat und sich 30—40 Schilling (oft viel mehr) pro Patient abführen ließ, bemächtigten sich Kurpfuscher dieser Operationsmethode und führten sie unter den denkbar schlechtesten hygienischen Bedingungen in einer für die Patienten schädlichen Weise aus. Darob große Entrüstung in der bürgerlichen Presse. Schuld daran, daß Dirge, die der Menschheit zum Segen gereichen würden, wenn sie von wissenschaftlicher Hand ausgeführt würden, so aber zum Objekt von gewissenlosen Geschäftsmachern und Erpressern werden, ist die bürgerliche Justiz und ihre feile Presse. Den Wissenschaftler und Menschenfreund Scherz hat man drangsaliert, dem Verbrechen, wie beim Paragraph 144, einen neuen Geschäftszweig eröffnet.

Preßfondausweis

Finanz in kleinen Beträgen S 81.80. Finanz Ungenannt S 42.92. Finanz von den Genossen: Schweik —.80, Luttenberger 1.—, Kummer —.60, Rösinger Joh. 1.—, Schrotter —.70, Richard —.80, Meißnerbichler —.40, Zechner —.30, Heinrich Julie —.60, Hütter —.20, Schlacher —.40, Steger —.80, Ertl —.30, Schwarz —.30, Regar —.20, Rabitsch 1.—, Greblen 1.—, Louisi 1.04, Hert 3.36, Her. 2.10, Rath R. 1.—, Simmerl —.40, Spira —.60, Klein 1.—, Gsellmann —.20, Brodtrager —.40, Scheucher —.50, Moser —.70, Schlicher —.40, Taferner —.40, Ullry 1.60, Poimer —.60, Pein —.30, Beck 1.18, Cech 2.20, Greiner 1.10, Brandtner —.48, Kiefer 1.60, Lenz —.75, Ruppitsch 2.20, Stranig 1.80, Reinisch —.50, Karl —.20, Gustl 3.62, Fröhlich 5.88, Bauer 1.10, Kollar, 1.—, Kraser —.80, Perakow. —.80, Hirschmugl —.40. Von den Genossen zusammen S 55.51. Finanz in kleinen Beträgen 81.80, Finanz Ungenannt S 42.92, insgesamt S 180.23.

*) Es handelte sich um die Regierung Vaugoin-Starheimberg. Ann. d. Red.

Neumann-Fraktion, dem Albert Kuntz, der Orgleiter Berlin-Brandenburg, Reinhardt, Chefredakteur der „RF“ zum Opfer fielen. Die Frucht des neuen Kurses war das Einheitsfrontangebot der KPD an die SPD vom 16. Juni. 8 Wochen später wurde dieser neue Kurs bereits liquidiert, und was vor ihm blieb, das war vor allem der Sturz der Neumann-Clique. Seither führt Neumann von Moskau her den Fraktionskampf, der sich vorläufig nur im engen Parteiapparat entwickelt und der in der ersten Septemberwoche zur Sprengung einer Fraktionsitzung der Neumannleute durch die Thälmanner und Kündigung einer Reihe neumannitischer Parteiangestellter geführt hat.

Welche grauenhaften Formen diese unpolitischen Machtkämpfe in dem sich zersetzenden zentralistischen Parteiapparat annehmen, dafür bietet die Kommunistische Partei Oesterreichs jetzt ein besonders trauriges Beispiel.

Das politische Versagen des ZK, organisatorische Unfähigkeit der Bürokratie und die moralische Verlotterung der Spitzen der Partei hat in der KPOe zu einem schweren Konflikt mit einer ganzen Provinzorganisation, der Organisation Burgenland, geführt. Dieses Konfliktes hat sich nun die bereits vor Jahren geschlagene Toman-Fraktion bemächtigt. Toman — einer der klassischsten Vertreter völliger Demoralisation, politischer Prinzipienlosigkeit und verbrecherischer Gewissenlosigkeit, wie sie in den Kreisen des politischen Abenteurerlums zu Hause ist — befand sich die letzten Jahre in Rußland, als Geisel dafür, daß seine Fraktion „stillsitzt“. Zu seinem Unglück fiel seine Fraktionskorrespondenz (Külan-Briefe) in die Hand der Komintern. Er wurde strafweise nach Leningrad in eine einfache Büro-

kratienstelle des Hafenarbeiterverbandes versetzt, wo es weder hohen Gehalt, noch aber Einfluß gab. Toman ist nun nach Wien zurück, und hat sich der burgenländischen Opposition bemächtigt. In ihrem Blatt („Burgenländische Arbeiter- und Bauernstimme“) greift Toman jetzt das ZK der KPOe in der schmutzigen und unpolitischen Weise an. Die Wiener „R. F.“ entblödet sich dagegen nicht, diese Opposition den Linken, der „Maharuf-Gruppe“, zuzuschreiben, indem sie schreibt:

„Die Zeitung (der Burgenländer) erscheint in der Druckerei, wo der trotzkistische „Maharuf“ erscheint und sie entlarvt Frantschitz und seine Anhänger als Leute, die es lange Zeit verstanden haben, trotzkistische Zersetzungsarbeit in der Partei zu treiben.“ („RF“ vom 10. Juli 1932.)

Ueberflüssig zu sagen, daß die Linken nichts mit diesem Manöver der Toman-Clique zu tun haben. Bezeichnend für das skrupellose Demagogentum Tomans ist sein Versuch — ganz in den alten Fußstapfen Freys bis 1927 — die Komintern durch eine heuchlerische Rußlandverehrung auf seine Seite zu bekommen. In Rußland — und nicht nur dort — hat Toman im vertrauten Kreise nicht scharfe Worte genug über das „bürokratische Regime in der russischen Partei“ gefunden!

Alle diese Apparatkämpfe in den Sektionen der Komintern spiegeln die Krise in der Partei, die Unzufriedenheit in der Mitgliedschaft wieder. Aber diese prinzipienlosen, machtpolitischen Claqueen vergiften die Parteien, verhindern das Entstehen einer offenen politischen Diskussion und treiben die Parteien der Komintern noch schneller dem Abgrund zu.

Nach der Auflösung des Reichstages

Von Kurt Landau.

Am 12. September hat die Militärdiktatur den Reichstag aufgelöst. Es ging dabei nicht alles so glatt, wie es Herr von Papen gehofft hatte. Die Militärdiktatur, die niemals einen Zweifel darüber aufkommen ließ, daß sie vom Reichstag unabhängig sei, mußte es sich durch eine Abstimmung bescheinigen lassen, daß sie von 95 Prozent des Reichstages abgelehnt wird. Wenn in der Politik die Regeln der Moral oder Aesthetik Geltung hätten, so wäre der 12. September eine vernichtende Niederlage der Regierung. In Wirklichkeit ändern parlamentarische Abstimmungen nichts an der brutalen Entschlossenheit der Diktatur, sich mit allen Mitteln an der Macht zu halten. Ob ein solches Verhalten „moralisch“, „schön“ oder den Buchstaben der Verfassung entsprechend ist, das zu beurteilen überläßt die Militärdiktatur ruhig ihren redseligen und schreibfleißigen Kritikern. Die Militärdiktatur regiert unentwegt mit den Daumenschrauben der Notverordnung. In seiner Rundfunkrede hat Herr von Papen den weiteren Kurs der Militärdiktatur skizziert.

Reform der Verfassung, Heraussetzung des Wahlalters, Durchführung der Notverordnung mit eiserner Energie.

Ob die Militärdiktatur diese Veränderung der Verfassung und des Wahlrechtes noch vor den Neuwahlen vornehmen wird, ob sie überhaupt Neuwahlen durchführt oder ob sie zunächst ein Plebiszit, einen Volksentscheid für ihre Verfassungsänderung organisiert, das steht noch nicht mit Sicherheit fest.

Falls tatsächlich Neuwahlen im November oder Dezember stattfinden sollten, werden sie für den Weiterbestand der Militärdiktatur nicht von wesentlicher Bedeutung sein. Eindeutig hat Herr von Papen dies in seiner Rundfunkrede am 12. September ausgedrückt:

„Die Reichsregierung... ist entschlossen, den Weg weiterzugehen, den sie bisher beschritten hat: den Weg einer neuen unabhängigen Staatsführung...“

Auf parlamentarischem Boden kann diese außerparlamentarische Regierung nicht bekämpft und nicht beseitigt werden. Darin, daß sie als einzige politische Kraft sich allein auf ihre außerparlamentarische Kraft stützt und diese rücksichtslos einsetzt, liegt die relative Stärke dieser schwachen Regierung hinter der im ganzen Lande nur ein Zwanzigstel der Wähler steht.

Aber solange die Massen schweigen, liegt das Gesetz des Handelns bei der bonapartistischen Militärdiktatur.

Am 12. September hat die Regierung eine moralische Schlappe erlitten, aber am 20. Juli hat sie einen schwerwiegenden politischen Sieg errungen. Sie überläßt es dem parlamentarischen Kretinismus, über ihre moralische Schlappe zu jubeln, und erfreut sich der Früchte ihres politischen Sieges.

Dennoch ist die Militärdiktatur noch weit entfernt davon, sich zu stabilisieren. So gering die Gefahren sind, die sie von der parlamentarischen Seite bedrohen können, so ernst werden die wirtschaftlichen und sozialen Konflikte, die sie mit Bajonetten nicht meistern kann. Vorerst sind es Konflikte, die sich im Lager der besitzenden Klassen selbst entwickeln und die auf den Machtkampf zwischen Bonapartismus und Faschismus zurückwirken.

Die neue Notverordnung hat den industriell-großkapitalistischen Flügel, der die Militärdiktatur unterstützt, in einen wahren Freudenrausch versetzt. Mit den Steuergutscheinen hat sich die Militärdiktatur mit einem Schlag die Gunst der Börse erobert und es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, wenn man sieht, wie unvermittelt die journalistischen Fahnenbäcker des Liberalismus vom „Berliner Tageblatt“ bis zur „Frankfurter Zeitung“ von der Totenklaue über die verstorbene Demokratie zum Jubelgesang über die Börsenhäuser übergehen. Die Paragraphen der neuen Notverordnung wiegen schwe-

rer als die verstaubten Artikel der Weimarer Verfassung.

Aber im Lager des Großgrundbesitzes und der Großbauern ist die Freude geteilt. Die Schuldenabwertung durch Inflation, das Monopol auf dem Nahrungsmittelmarkt durch die Autarkie ist ausgeblieben. Obgleich die Militärdiktatur sozial dem Junkertum am nächsten steht, hat sie der überragenden Vormachtstellung des Monopolkapitals in der kapitalistischen Wirtschaft Rechnung tragen müssen. Luther und Warmbold, die Exponenten der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Industrie, im Hintergrund beraten von Professor Wagemann, haben innerhalb der Militärdiktatur die Grundlinien der Notverordnung bestimmt.

Die Unzufriedenheit des agrarischen Flügels stärkt den Faschismus und fördert ihn. So wenig Herr von Papen Herrn Göring als faschistischen Reichstagspräsidenten fürchtet, so ernst wird für ihn die wachsende Unzufriedenheit im Dorf, die die Hitler, Göring und Co., außerhalb des Parlaments stärkt und vorwärts treibt, wenn auch noch keineswegs von einem allgemeinen Abbruch des landwirtschaftlichen Flügels von der Militärdiktatur gesprochen werden kann. Die Treue des Herrn Hugenberg zur Militärdiktatur zeigt, daß die klassische Partei der Junker, obgleich sie Autarkie und Schuldenabwertung durch Inflation propagiert, bei Papen-Schleicher steht.

Aber nicht in den Interessen-Konflikten innerhalb der besitzenden Klassen fallen die letzten Entscheidungen über die Zukunft der Militärdiktatur. Beide Flügel der Konterrevolution, der regierende bonapartistische und der oppositionelle-faschistische, blicken erwartungsvoll auf das deutsche Proletariat.

Wird es sich kampflös fügen, wird es das ungeheuerliche Joch, das ihm auferlegt wird, ruhig tragen?

Kommen die proletarischen Massen einmal in Bewegung, dann reichen die schwachen Kräfte der Militärdiktatur bestimmt nicht aus, dann muß sie dem Faschismus Platz machen und es ist kaum daran zu zweifeln, daß selbst die vereinigte Konterrevolution sich dann als zu schwach erweisen wird, um den kampfgewillten Arbeitermassen Stand zu halten.

Gegenwärtig triumphiert die Militärdiktatur. Die kampflöse Kapitulation des Proletariats am 20. Juli — verraten vom Reformismus und gelähmt durch die zentralistische Politik — hat die Kräfte der Arbeiterklasse ernsthaft geschwächt. Das muß man sehen und offen aussprechen.

Die Auflösung des Reichstages verschärft die politische Krise in Deutschland. Die Notverordnung, die nicht zu einem neuen wirtschaftlichen Aufschwung führen wird, verschärft die Klassengegensätze bis zum Aeußersten und steigert die Widersprüche im Lager der herrschenden Klasse. Wenn das Proletariat in dieser Situation aktiv und kämpfend auf den Plan tritt, zusammengeslossen durch ein politisches Kampfbündnis der KPD mit der SPD, entschlossen, die Gewerkschaften in den politischen Kampf einzusetzen und die Terrororganisationen des Faschismus niederzukämpfen — dann wird das politische Antlitz Deutschlands in kürzester Zeit Veränderungen erfahren, über die konkreter zu sprechen vorläufig noch die Presseknübelung der Militärdiktatur unmöglich macht.

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends findet in Graz im Gasthaus Volksgarten, Siegmundstadt 1, ein Diskussionsabend statt.

Tagesordnung:
Die Plattform der Linken.
Genossen! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Maharuf“ sind eingeladen.

Die politische Bedeutung des Stahlhelmaufmarsches

Der Aufmarsch der Stahlhelms am 4. September in Berlin verdient in mehrfacher Beziehung die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse. Die Teilnahme der Militärdiktatur an der Parade auf dem Tempelhofer Flugfeld gab der Aktion des Stahlhelms das politische Gepräge. Der Stahlhelm demonstrierte seine bedingungslose Bereitschaft, die Militärdiktatur zu unterstützen, und seine Führer Seldte und Düsterberg machten Front gegen den Faschismus, der sich weigert, sich der Militärdiktatur unterzuordnen. Die Minister der Militärdiktatur demonstrierten ihrerseits durch ihre Teilnahme ihre Solidarisierung mit dem politischen Kurs des Stahlhelms, der bekanntlich offen auf die Monarchie und die Vorbereitung eines Revanchekrieges zielt.

Der Stahlhelmaufmarsch war zweifellos ein Erfolg des bonapartistischen Flügels der Konterrevolution, der gegenwärtig Deutschland regiert. Im Gegensatz zum Stahlhelmaufmarsch 1927 in Berlin, der auf den stärksten Massenprotest des gesamten Proletariats stieß, war am 4. September von einem proletarischen Massenprotest nichts zu sehen und zu hören. Die Arbeiterklasse, der die Niederlage vom 20. Juli noch in allen Knochen liegt, stand im allgemeinen dem demonstrativen Aufmarsch der Konterrevolution mit Teilnahmslosigkeit gegenüber.

Im Lager der Konterrevolution, wo die Militärdiktatur den Machtkampf mit dem Faschismus auszufechten hat, bedeutet der Stahlhelmaufmarsch eine gewisse Stärkung der Position der Regierung. Wohl fehlten am 4. September die konterrevolutionären Massen, die hinter Hitler stehen und die die Unterstützung der Militärdiktatur durch den Stahlhelm ablehnen. Die bäuerlich-kleinbürgerlichen Kolonnen der Konterrevolution, die von den Ministern und den Hohenzollernprinzen mit den Fahnen von 1914 vorbeidefiliierten, sahen mit Erstaunen die Berliner Klein- und Mittelbürger auf den Ohnstiegen und warteten vergeblich auf Begeisterungsausbrüche. Es fehlte der aktive Teil der bürgerlich-kleinbürgerlichen Masse, die Hitler-Massen.

Der Stahlhelmaufmarsch bildet ein Glied in dem verschärften Kampf des deutschen Imperialismus für die Aufrüstung und für die Neuverteilung der Absatzmärkte auf dem Wege eines neuen Krieges. Dieser Kampf tritt immer schärfer in den Mittelpunkt der Gesamtpolitik der deutschen Bourgeoisie. Die deutsche Bourgeoisie weiß, daß sie mit der sozialen Reaktion allein, mit Lohnabbau und Liquidierung der letzten Reste der Sozialpolitik, die Krise nicht überwinden kann. Ihr gewaltiger moderner Industrieapparat, der durch seine technische Vollendung dem Produktionsapparat jedes anderen europäischen Landes weit überlegen ist, drängt nach dem Weltmarkt, drängt nach Kolonien und nach Absatzmärkten. Als die Regierung Brüning im Reichstag im Mai erklärte, daß nunmehr die Reparationen endlich liquidiert werden müßten, daß die Reparationsfrage die entscheidende Frage sei, da verließ der Vertreter des Monopolkapitals, Herr Warmbold, die Regierung Brüning und wenige Tage später fiel der Reichswehrminister Oröder dem sogenannten „Aufstand der Generale“ zum Opfer. Warum gab das Monopolkapital, warum gaben die Generale am Vorabend von Lausanne die Regierung Brüning preis? Weil sie erkannt hatten — vor allem durch die Erfahrungen des Hoover-Moratoriums, das die Krise nicht linderte, obgleich keine Reparationen gezahlt wurden —, daß mit der Liquidierung der Reparationen nichts Wesentliches gewonnen sei. Darum gab die von Papen geführte deutsche Delegation in Lausanne sofort die „Brüning-Linie“ preis und stellte die Frage der Rüstungsgleichheit in den Vordergrund.

Seither steht die Rüstungsfrage bekanntlich im Brennpunkt der deutschen Außenpolitik, wie aus dem Memorandum an die französische Regierung, den Erklärungen Schleichers usw. immer deutlicher hervorgeht.

In diesem Kampf bildete der Stahlhelmaufmarsch eine großangelegte Demonstration des „Wehrwillens der deutschen Nation“, oder, mit anderen Worten: der imperialistischen Entschlossenheit der deutschen Bourgeoisie.

Gegenüber dem nationalen Chauvinismus, der im Stahlhelmaufmarsch zum Ausdruck kam, wäre es notwendig gewesen, daß das Berliner Proletariat aktiv seine Ablehnung der Innen- und Außenpolitik der Militärdiktatur demonstriert. Es wäre notwendig gewesen, der kriegsbegeisterten Jugend, die im Stahlhelm vertreten war, den Krieg zu zeigen, wie er wirklich ist. Die Unter der Notverordnung in den Aufmarsch-Sträßen Spalier stehen müssen als lebende, furchtbare Anklage gegen den imperialistischen Krieg. Von allen Arbeiterhäusern hätten Fahnen, Plakate und Transparente den Standpunkt des Proletariats verkünden müssen. Eine solche Aktion ist tausendmal mehr wert als ein paar zynisch-oberflächliche Worte Münzenbergs in Amsterdam. Eine solche Aktion war möglich und sie war vor allem möglich auf der Basis der Einheitsfront mit den reformistischen Organisationen. Daß sie gar nicht versucht wurde, zeigt uns an einer lebenswichtigen Frage von neuem, wie völlig unfähig der Zentrismus ist, die brennendsten Aufgaben, die auf der Tagesordnung stehen, zu erkennen und durchzuführen.

Appell

Leser des „Maharuf“, spendet Kampf- und Preßfonds. Helft mit, Abonnenten werben.

Leser des „Maharuf“, tretet der Linkskomm. Opposition (Maharufgruppe) bei. Beitrittserklärungen sind bei den Genossen Koch, Finkengasse 3/1,

Spendet Preßfonds!

Deklarations-Entwurf der Linken Opposition der Komintern^{*)}

Weltkrise und Konterrevolution.

1. Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus stellt die gewaltigste Erschütterung dar, die das kapitalistische Regime bisher erlebt hat. Sie treibt alle immanenten Widersprüche im Kapitalismus, die das Verdrängungssystem von Versailles außerordentlich verschärft hat, auf die Spitze. Sie verschärft die Beziehungen der imperialistischen Staaten untereinander, sie steigert den Gegensatz zwischen kolonialen (halbkolonialen) und imperialistischen Ländern bis zum offenen Krieg (Japan). Das kapitalistische Gleichgewicht, nach der Niederlage der ersten Welle proletarischer Revolutionen (1918-1923) mühselig wiederhergestellt, ist völlig erschüttert. Es kann im Rahmen des Kapitalismus nur durch einen neuen Krieg erneuert werden.

2. Im Verlauf der Krise haben sich die Grundlagen für das Verhältnis des Kapitalismus zum Proletariat verändert. Konnte der Nachkriegskapitalismus den „sozialen Frieden“ nur durch eine Reihe sozialer Reformen aufrechterhalten, so muß er jetzt versuchen, durch die Vernichtung aller sozialpolitischen Einrichtungen, die die Arbeiterklasse im Verlaufe jahrelanger erbitterter Klassenkämpfe erkämpft hat, eine neue Atempause zu gewinnen.

Dieser Prozeß spiegelt sich im Zusammenbruch des bürgerlich-demokratischen Herrschaftssystems und im Übergang der Bourgeoisie zu den Methoden der offenen Kapitalsdiktatur wider, wobei sie sich teilweise auch ausschließlich auf die Kraft der kleinbürgerlich-reaktionären Masse stützt, die durch den Faschismus zu politischer Aktivität erweckt, von der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse vorgetrieben wird.

Bankrott des Reformismus.

3. Diese Entwicklung des Nachkriegskapitalismus in ökonomischer und politischer Beziehung offenbart den völligen Bankrott des Reformismus, seinen Theorie und Praxis. Statt des krisenlosen, organisierten Kapitalismus hat sich das Chaos der Weltwirtschaftskrise entwickelt, statt des „ewigen Friedens“ - die permanenten imperialistischen Spannungen, statt der sozialen Demokratie - die offene kapitalistische Diktatur.

Trotz dieses geschichtlichen Bankrotts ist es dem Reformismus bis jetzt gelungen, die entscheidenden Teile des Proletariats in den modernen Industriestaaten unter seiner Führung zu behalten. Er verdankt dies ausschließlich dem Versagen der Komintern.

Das Proletariat in der vorrevolutionären Situation.

4. Die Krise des Kapitalismus hat der proletarischen Revolution neue gewaltige Möglichkeiten eröffnet. Eine tiefgehende Radikalisierung der Arbeitermassen in einer Reihe entscheidender Länder (Deutschland, Mittel- und Südosteuropa, Spanien) wird vom Erwachen breiter kleinbäuerlicher Massen begleitet.

Diese objektiven Bedingungen für einen neuen revolutionären Aufschwung der Arbeiterbewegung sind bisher von den Parteien der Komintern nicht ausgenutzt worden. Es besteht die Gefahr, daß auf dem Boden der Zersetzung und der Fäulnis des kapitalistischen Systems und des Fehlens großer organisierter Massenkämpfe, entscheidende Teile der unterdrückten Klasse von Pessimismus und Verzweiflungssinnungen erfaßt und damit zur Beute konterrevolutionärer Strömungen werden. Langandauernde Erwerbslosigkeit großer proletarischer Massen, die absolute Ausweglosigkeit großer Teile des Bauernums und des städtischen Mittelstandes bilden den Nährboden für das Anwachsen der faschistischen Konterrevolution, insbesondere in Deutschland.

Die Krise der Komintern.

5. Der Weg der Führung der Komintern seit der Niederlage der deutschen Revolution im Jahre 1923 droht gegenwärtig zu einer Katastrophe der kommunistischen Bewegung im internationalen Maßstabe zu führen. Ohne die Lehren aus den Niederlagen der Vergangenheit gezogen zu haben, ausgestattet mit kleinbürgerlichen, scheinrevolutionären Theorien, beherrscht von einer selbstherrlichen Bürokratie, steht die Komintern ohnmächtig den revolutionären Möglichkeiten und konterrevolutionären Gefahren gegenüber und setzt ihre Hoffnung auf die überwälzende Wirkung der Verwirklichung der klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft in der Sowjetrepublik.

Die Krise der russischen Revolution.

6. Die Linke Opposition der Komintern anerkennt die großen und geschichtlichen Erfolge, die in der Sowjetrepublik errungen werden. Der Aufbau einer gewaltigen Industrie innerhalb weniger Jahre, der Übergang zu höheren Produktionsformen in der Landwirtschaft beweist eindeutig die ungeheure Überlegenheit der Planwirtschaft über die kapitalistischen Methoden in der Entwicklung der Produktivkräfte.

Diese Erfolge wurden nur möglich durch die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Oktoberrevolution schuf, durch die proletarische Diktatur, die die Industrie und Transport, Banken und Außenhandel, verstaatlichte und damit die Kommandohöhen der Wirtschaft beherrscht.

Aber die neue Gesellschaft, die durch die Okto-

berrevolution begründet wurde, ist noch nicht in den Sozialismus eingetreten, sie hat den Kampf mit dem geschlagenen, aber nicht vernichteten Kapitalismus keineswegs beendet. In der Form des Spekulantentums, des Nepmanns, lebt der Kapitalismus in der Sphäre des Handels weiter, innerhalb des Dorfes besitzt er im Kulakentum noch eine starke Basis und in den Kollektiven hat die soziale Differenzierung in Klein- und Mittelbauern bis zum Kulakentum nicht aufgehört, sondern sie entwickelt sich hinter der genossenschaftlichen Form der Kollektive weiter. Der Klassenkampf zwischen den Spitzen des Dorfes und den kleinbäuerlichen Massen spiegelt sich nicht nur im Kampf der kulakischen Einzelwirtschaften gegen die Kollektive wider, sondern auch im Kampf um die Kollektive, in der das Kulakentum zäh am die Führung kämpft, entschlossen, die Kollektive im Zentrum des organisierten Widerstandes gegen die Sowjetmacht zu verwandeln. In der rekonstruierten und in ihrer Basis gewaltig erweiterten, verstaatlichten Industrie hat sich in der Rekonstruktionsperiode eine neue industrielle Bürokratie entwickelt, die ebenso wie der bürokratische Staatsapparat danach strebt, sich der Kontrolle der Arbeiterklasse immer mehr zu entziehen. Durch zahlreiche Kanäle mit den Trümmern der besitzenden Klassen der Vergangenheit verbunden, eng verflochten mit neu aufsteigenden, gehobenen Schichten der Arbeiterklasse, mit mittelbäuerlichen und kulakischen Schichten im Dorf, stellt die Sowjetbürokratie den großen sozialen Damm dar, der auf der einen Seite die Entfaltung der schöpferischen, proletarischen Klassenkräfte verhindert, auf der anderen Seite die Sammlung neuauftretender besitzender Klassen erleichtert. Ohne selbst eine besitzende Klasse zu sein, besteht die historische Funktion der allmächtig gewordenen Sowjetbürokratie darin, besitzenden Klassen den Weg zur Macht zu bahnen. Das Eindringen klassenfeindlicher Elemente in die zentralen Organe der proletarischen Diktatur, des staatlichen Verwaltungs-, Machts- und Wirtschaftsapparates, wie sie die Schädigungsprozesse enthüllen, zeigt das Anwachsen der Elemente der Doppelherrschaft unter dem Regime des bürokratischen Apparates. Sich von der Arbeiterklasse emanzipierend, durchsetzt von klassenfeindlichen Elementen, wird der bürokratische Staatsapparat zu einem entscheidenden Faktor der Verschärfung aller ökonomischen Widersprüche, zu einem krisenerzeugenden Faktor in ökonomischer und politischer Hinsicht.

Die Linke Opposition der Komintern wendet sich mit aller Schärfe gegen die Politik der Gruppe Stalin, die die Wachsamkeit und den revolutionären Elan der russischen Arbeiterklasse abstumpt, indem sie die im Schoße der Sowjetgesellschaft fortschreitenden widerspruchsvollen sozialen Prozesse leugnet und an die Stelle des offenen Kampfes gegen die klassenfeindlichen Strömungen in der Wirtschaft, Gesellschaft und innerhalb des Staatsapparates die utopische Verheißung setzt, daß im Jahre 1937, am Ende des zweiten Fünfjahresplanes, die klassenlose sozialistische Gesellschaft in der UdSSR errichtet sein wird.

Der Aufbau einer sozialistischen, klassenlosen Gesellschaft ist, solange das Weltkapital noch in sämtlichen modernen Industriestaaten herrscht, innerhalb eines einzelnen Landes nicht möglich. Der Ausdruck dieser Unmöglichkeit war die Nep, die in ihren wesentlichen Grundzügen solange den Rahmen der Wirtschaftspolitik der proletarischen Diktatur bilden muß, solange die Sowjetrepublik isoliert bleibt. Auf dem Boden der Nep aber kann die restlose Liquidierung der Klassen nicht erfolgen, kann keine sozialistische Gesellschaft entstehen, sondern, nach den Worten Lenins, nur der Staatskapitalismus im proletarischen Staate.

Unter den Bedingungen der Aufrechterhaltung der proletarischen Diktatur bis zum Siege der proletarischen Revolution im Westen, sind im Rahmen des Staatskapitalismus alle Voraussetzungen vorhanden, um vom Staatskapitalismus im proletarischen Staat ohne politische Umwälzungen zum Sozialismus zu gelangen. Die Gefahr, von der die Sowjetrepublik von innen her bedroht ist, erwächst aus dem bürokratischen System, das einen dauernden Aufschwung der Planwirtschaft - der ohne die Arbeiterdemokratie als Basis der Arbeiterkontrolle und proletarischer Initiative unmöglich ist - verhindert.

Diese Widersprüche, deren sichtbarster Ausdruck die Senkung der materiellen Lage des Proletariats bei gleichzeitigem Aufschwung der Produktion ist, führt, verbunden mit der Vernichtung der Arbeiterdemokratie, zu starken Ermüdungserscheinungen innerhalb der russischen Arbeiterklasse. Diese Stimmungen, die Enttäuschungen, die den Erwartungen über „die Vollendung der klassenlosen Gesellschaft im zweiten Fünfjahresplan“ folgen werden, drohen, die proletarische Diktatur ihrer festesten Stütze zu berauben: des Vertrauens und der revolutionären Aktivität der Arbeiterklasse.

Trotz der unzweifelhaften ökonomischen Erfolge, die die industrielle Basis der proletarischen Diktatur befestigt haben, bleibt die proletarische Diktatur in der Sowjetrepublik von der Gefahr des Thermidors bedroht. Der fortschreitende Verfall der Partei, die von der bürokratischen Gruppe Stalin allmählich

liquidiert wird, beraubt die proletarische Diktatur ihres politisch-organisatorischen Zentrums. Die Linke Opposition der Komintern, die die Prinzipien der Oktoberrevolution vertritt, wendet sich mit aller Schärfe gegen die Gruppe Stalin, die wohl unter dem Druck der Arbeiterklasse und ihrer fortgeschrittensten Elemente zu Linksschwenkungen gezwungen werden konnte (1928), unter deren Führung aber ein neuer Aufschwung der Arbeiterklasse und des Sowjetsystems unmöglich ist.

Die einzige Garantie dafür, daß die heranreifenden Verschärfungen der Widersprüche, die durch die drohende imperialistische Interventionspolitik gesteigert werden, nicht zum Zusammenbruch der Sowjetmacht führen, ist der unverfälschte Kampf der Linken Opposition für die Beseitigung des Stalinschen Regimes und seine Ersetzung durch die reformierte Partei, die auf dem Boden der Sowjetdemokratie die proletarische Diktatur im schärfsten Kampfe gegen die klassenfeindlichen Schichten durchführt, das bürokratische System liquidiert und in der internationalen Arena den Kurs auf die Förderung der Weltrevolution durch eine völlige Reform der Komintern einschlägt.

Der Kampf um die Komintern.

7. Die Wiedergeburt der 3. Internationale ist nur möglich im Verlaufe einer grundlegenden Revision der gesamten Theorie und Praxis, die sich in der Komintern nach der ersten Welle der proletarischen Revolution in Europa entwickelte und die die Geschichte der Komintern seit ihrem 4. Weltkongreß (1922) umfaßt. Indem der 4. Weltkongreß den Kampf um die proletarische Diktatur durch die kleinbürgerlich-scheinrevolutionäre Utopie einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ ersetzte, entwarf eine der heranreifende deutsche Revolution von 1923. Der Übergang von den Positionen des revolutionären Internationalismus auf die Positionen des Nationalbolschewismus (Schlageteraktik) leitete die Entartung der kommunistischen Bewegung am Vorabend der revolutionären Krise in Deutschland ein und bildete eine der Hauptquellen der Niederlage der deutschen Revolution von 1923.

Ermöglicht wurde das rasche Vordringen zentristischer und vulgär-marxistischer Theorien durch das organisatorische Regime in der Komintern. Aus dem ungeheuren Widerspruch zwischen der Reife der Situation und der Unreife der jungen revolutionären Kaders ergab sich bei der Gründung der Komintern (1919) und in den ersten Jahren ihres Wirkens die indirekte Leitung ihrer Sektionen durch die geschulten und erfahrenen revolutionären Kaders der russischen Partei als eine historische Notwendigkeit. In dem Maße aber, als im Verlaufe revolutionärer Massenkämpfe große Komm. Parteien heranwuchsen (1921 bis 1923), wie z. B. in Deutschland, Frankreich, Tschechoslowakei usw., konnte die Entwicklung der jungen Parteien zu Aktionsparteien nur auf dem Boden der wirklichen Selbstständigkeit in der Ausarbeitung ihrer Politik und Taktik - unter der Kontrolle der Internationale - gefördert werden. Ein Wechsel in der Form, in der sich die Hegemonie der russischen Partei - geschichtlich begründet durch die Oktoberrevolution! - realisiert, war unvermeidlich geworden. Die direkte politisch-organisatorische Führung der einzelnen Sektionen durch die revolutionären Kaders der russischen Partei mußte durch die Kollektivführung auf dem Boden des demokratischen Zentralismus ersetzt werden. Unter der Führung Sinowjew-Bucharin-Radek wurde dieser Übergang nicht vollzogen, und so verwandelte sich unter den veränderten Bedingungen die ursprünglich historisch notwendige Form der Hegemonie der russischen Partei innerhalb der Komintern in einen bürokratischen Hemmschub der Entwicklung der Kominternsektionen.

Auf dem Boden beginnender bürokratischer Verknöcherungen vermochten die eindringenden zentristischen Ideen, die ein Reaktionsprodukt auf die Niederlagen in den Jahren bis 1923 darstellten, ohne ausreichenden Widerstand die gesamte Komintern zu erfassen. Die deutsche Niederlage von 1923, für die die Führung der russischen Partei (Stalin) und der Komintern (Sinowjew-Bucharin-Radek) die Hauptverantwortung tragen, hat die negativen Tendenzen in den Politik und Organisation der Komintern zum vollen Ausreifen gebracht.

Das Organisationsprinzip der Reaktionsperiode, der Umbau der Parteien nach dem Zellen-system, hat, infolge des Vordringens des Bürokratismus in der Komintern, die Kaders der Partei auseinandergerissen, atomisiert, die bürokratische Selbstherrlichkeit in der Partei verstärkt und das Vordringen zentristischer Ideen in den Parteien erleichtert. Die Ideologie der Reaktionsperiode - die Utopie einer isolierten, sozialistischen Gesellschaft in der Sowjetrepublik - wurde zur Grundlage der Strategie der russischen Partei und der Komintern. Die revisionistische Theorie von der Möglichkeit einer revolutionären „Arbeiter- und Bauernregierung“ (demokratische Diktatur des Proletariats und des Bauernums) innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, wurde zur Praxis der Koalition mit bürgerlichen Parteien (Kuomintang) in China, unter Preisgabe der Komm. Partei, der Klassen-

^{*)} Vorliegender Entwurf wurde von der Intern. Fraktionsteilung zur Diskussion vorgelegt.

forderungen des Proletariats und der Durchführung der Agrarrevolution (1926—27).

Die opportunistische Form der Einheitsfronttaktik, wie sie die Komintern mit der Sachsenpolitik eingeschlagen hatte, fand ihre Fortsetzung und Weiterentwicklung in dem bedingungslosen Block mit den Verrätern der englischen Arbeiterbewegung, während des englischen Generalstreiks (Anglorussisches Komitee 1926).

Der Bankrott dieser Politik, der Triumph der bürgerlichen Konterrevolution in China über die Arbeiterklasse und die Agrarrevolution (1927), die zynische Liquidierung des Anglorussischen Komitees durch die Highs, Purcells, Cook und Co., nachdem sie ihr Ziel erreicht hatten, der Bankrott des Rechtskurses in Rußland (1928), der die proletarische Diktatur hart an den Abgrund und den Kulaken bis an die Schwelle des Machtkampfes geführt hatte, hat sowohl die russische Partei als auch die Komintern nach links getrieben. Im Verlauf dieses Positionswechsels entwickelte sich in der Komintern der Zentrismus zu einer besonderen politischen Strömung, deren Eigentümlichkeit darin besteht, daß eine opportunistische Strategie (Sozialismus in einem Land, demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern, Volksrevolution, nationales Befreiungsprogramm in Deutschland) mit einer ultralinken Taktik (prinzipielle Ablehnung der Einheitsfronttaktik, prinzipielle Gewerkschaftsspaltung, Sozialfaschismus, Zwangskollektivierung, überhitzte Industrialisierung) kombiniert wird. Dieses System spiegelt den Druck kleinbürgerlich-radikaler Schichten auf das revolutionäre Proletariat wider. In der Sowjetrepublik, wo dieses System des Zentrismus sich auf dem Boden der proletarischen Diktatur entwickelt, stellt es die Ideologie jener Schichten dar, die sich vom revolutionären Proletariat lösen — der Arbeiterbürokratie und der mit ihr verbundenen Sowjetbürokratie. Der Zentrismus in der revolutionären Arbeiterbewegung unterscheidet sich weitgehend vom Zentrismus in der 2. Internationale. Während dieser die zusammenbrechende kapitalistische Gesellschaft verteidigt und die Arbeiterklasse durch schematische Theorie für dieses Ziel mißbraucht, versucht der Zentrismus der 3. Internationale die Zerstörung der kapitalistischen Gesellschaft durch eine kleinbürgerlich-radikale Strategie und Taktik.

Der Zentrismus der 3. Internationale steht den revolutionären, anarcho-kommunistischen Tendenzen in der Vorkriegs-Arbeiterbewegung weit näher, als dem Reformismus und dem Zentrismus der 2. Internationale.

Der Zentrismus der 2. Internationale ist konterrevolutionär, denn er steht letzten Endes immer auf dem Boden der Erhaltung des kapitalistischen Systems. Der Zentrismus der 3. Internationale löst objektiv durch seine verhängnisvollen Fehler gerade in revolutionären Situationen konterrevolutionäre Wirkungen aus, obgleich er grundsätzlich auf dem Boden der Zerstörung des kapitalistischen Systems steht.

Daraus folgt, daß die Linke Opposition jede Gemeinschaft mit den Zentristen der 2. Internationale grundsätzlich ablehnt und die Verschmelzung von Kommunisten mit einer sozialdemokratisch-zentristischen Partei oder Gruppe als Liquidatorium bekämpft (Übergang der Walchergruppe zur SAP). Daraus folgt gleichzeitig, daß die Linke Opposition

es nicht ablehnt, in den Parteien der Komintern mitzuarbeiten, obgleich diese heute noch von einer zentristischen internationalen Fraktion beherrscht werden — wobei sie aber als ihr Ziel offen proklamieren, die zentristische Fraktion mit allen zweckdienlichen Mitteln in der Komintern zu liquidieren.

8. Das Ziel der Linken Opposition der Komintern ist die Gewinnung der Komintern für die Ideen des revolutionären Marxismus. Daher bildet sie keine selbständige Strömung in der Arbeiterbewegung, sondern eine Fraktion der Komm. Partei. Die Linke Opposition erblickt ihre Aufgabe vor allem darin, die zentristische Fraktion durch alle zweckdienlichen Mittel niederzuringen, denn die Herrschaft des Zentrismus ist die Garantie für den Zusammenbruch der Komintern. Die Linke Opposition kämpft um die Komintern, wobei sie sich auf die proletarischen, revolutionären Kadere orientiert. Sie versucht in erster Linie mit ideologischen Mitteln diese Kadere zu gewinnen; doch erblickt sie ihre Pflicht auch darin, dort, wo ihre Kräfte ihr dies gestatten, durch selbständige revolutionäre Aktionen die Partei in Bewegung zu setzen.

9. Die Linke Opposition ist eine internationale Fraktion. Sie bekämpft nicht nur die zentristische Gruppe, sondern sie war es, die den Kampf gegen die Rechten in der Komintern (Bucharin, Rykov, Tomski, Brandler, Lovestone) führte. Die rechte Fraktion, die keine einheitliche internationale Gruppierung darstellt, sondern die Summe nationaler opportunistischer Gruppen ist, trägt die Verantwortung für die furchtbarsten Fehler der Komintern (1923, China, Angloruss. Komitee). Zwischen der Linken Opposition und den Rechten kann es grundsätzlich keinen Block geben.

Die Linke Opposition und die Trotzki-Gruppe.

10. Der Linken Opposition steht innerhalb der Komintern am nächsten die Fraktion des Genossen Trotzki, doch besitzt diese Gruppierung keinen einheitlichen Charakter, sondern stellt einen widerspruchsvollen Block erfahrener revolutionärer Kadere mit bankrotten politischen Gruppen dar, insbesondere in Frankreich (Treint-Molinier), Deutschland (Grylewicz), Griechenland (Archimoxismus). Seine inneren Widersprüche berauben diesen Block, trotz der großen revolutionären Autorität des Gen. Trotzki, praktisch eines ernstlichen Einflusses auf die Komintern und revolutionärer Aktionsmöglichkeiten; neue Ereignisse werden diese Fraktion prüfen und werden ihr die Möglichkeit geben, ihre inneren Widersprüche im Kampf zu lösen und die negativen Tendenzen in ihren Reihen zu überwinden.

Die Linke Opposition der Komintern würde eine solche Entwicklung begrüßen; sie tritt mit aller Unterschiedlichkeit für eine internationale Konferenz ein, auf der die politischen, taktischen und organisatorischen Differenzen, die den linken Flügel der Komintern in verschiedene Richtungen spalten, auf demokratischer Grundlage überprüft werden müssen.

Unabhängig davon bahnt aber die Linke Opposition in unversöhnlichem Kampf gegen den Opportunismus und Zentrismus, den proletarischen Kadere der Komintern den Weg, den die Komintern beschreiten muß, um die internationale Revolution zu verwirklichen.

sein soll, durch Ausschlussdrohungen (oder das neue, so bewährte Mittel für ergebene Haltung nach oben: Arbeitszuweisungen in der SU zu verteilen) seine gefährdete „Autonomie“ zu retten. So fand u. a. am 20. und 21. August der Grazer „Parteitag“ statt.

Er stand im Zeichen eines tiefen Niederganges der mittelsteirischen Organisation. Ganze Ortsgruppen, wie Pöding-Brunn, Deutschlandsberg, Fronleiten, Gratkorn, Jodendorf, Wetzelsdorf, Kalsdorf, St. Peter usw. sind gefährdet, teils vollständig zusammengebrochen. In Graz und den angeschlossenen Zellen ist trotz unermüdlicher Arbeit der Genossen die Partei zurückgegangen. Wenn möglich noch schlimmer ist es um die Jugend und Arbeiterwehr bestellt. Dementsprechend war auch die Stimmung der Delegierten, die einen Kurswechsel und Personenwechsel, vor allem die Abberufung des Sekretärs Alfons forderten. Von den edelsten Absichten getragen, strebten die Genossen eine Wendung des Parteikurses in Mittelsteier als Ausgangspunkt zu einer allgemeinen Wendung in Oesterreich an. Zerrissen, jede Zelle für sich, führerlos, ohne nötige Konsequenz, war dieser Oppositionsbewegung im Vorhinein jeder Erfolg genommen. Ohne bewußte, organisierte, unter Zugrundelegung einer pol. Plattform operierende Opposition kann die Partei nicht gesunden. Daß der Ausgangspunkt einer innerhalb der Partei kämpfenden Opposition nur mehr in der pol. und organisatorischen Zusammenarbeit mit der kommunistischen Linksoption erfolgen kann, wird durch die Tatsache des Erfolges der Linksoption in Deutschland in der Einheitsfrontbewegung gegenwärtig bestätigt und mehr und mehr erwiesen. Die Lösung der Linksoption, „Zurück zu Lenin!“ muß die Lösung der Partei werden. Nicht der Wechsel einiger Personen in der Leitung kann die Partei vor weiteren Schlägen bewahren, sondern einzig und allein die Beseitigung der Generallinie. Nur durch die Linie der Linksoption wird die Partei gesunden und ihre Aufgabe erfüllen. Deshalb, mittelsteirische Genossen, eignet euch an die Politik der Linksoption. Ändert die Linie der Partei auf der Grundlage der Komm. Linksoption, zwingt die Parteiführung zur Diskussion mit der Linksoption. Fordert die Aufnahme der Linksoption in die Partei.

Der Kreuzspengler von der Mühlgasse.

Die richtige Nummer von Nobelfaschisten ist die Firma Brandan und Sohn. Die Lehrlinge müssen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends schwer schuften, den jungen „Herrn“ hinten und vorne bedienen, den Nachtopf austragen und als Lohn Ohrfeigen, daß einer der Lehrlinge in den Krankenstand gehen mußte. Die „gnädige Frau“ liegt bis zur Bewußtlosigkeit und der Mann muß auskehren, abstauben, Kaffee kochen und hat überhaupt nichts zu reden. Für den alten Herrn wäre es besser, wenn er die Hose auszieht und von seiner tapferen Frau einen Rock anziehen möchte, denn das Kommando führt die ehemalige Offiziersfrau ganz militärisch und der Mann muß so tanzen, wie sie pfeift. Da wir im Hause lauter Arbeiter sind, so sind wir in den Augen dieser ehemaligen Offiziersdame lauter Gesindel und dreckige Bagage. Wenn auch die Nobelfaschistin Brandan von einem Offizier abstammt, und sie glaubt, wieder in die K.u.-K.-Zeit zurückversetzt zu sein, irt sie sich gewaltig. In der Kirche die Heiligen vergolden und Altäre herrichten und Kelche verzieren, aber den Menschen gegenüber sich wie ein Barbar benehmen, das paßt so in die christliche Erziehung der Heiligenspenglerfamilie. Hat ein Lehrling bei der Arbeit einen Fehler gemacht, so regnet es heilige Schimpfworte und obendrein gottgesegnete Ohrfeigen. So sieht die christliche Hakenkreuzler-Bude Brandan u. Sohn, Graz, Mühlgasse 29, aus.

Die drei „Hakel“.

Es laufen immer mehr Beschwerden ein, daß Arbeitslosen die Unterstützung auf 8 Tage eingestellt wird, weil auf der Kontrollkarte 3 „Hakel“ waren, wegen Nichterhaltung der Stempelkarte.

Vielen Arbeitslosen ist es nicht möglich, genau die Stundeneinteilung einzuhalten; es kommt vor, daß einer etwas früher, der andere etwas später stempelt. Viele wissen es gar nicht, und so kommen sie auf 8 Tage um ihre Unterstützung.

Der Zweck dieser Methode ist, die Arbeitslosen zu schikanieren. Wir fordern vom Arbeitslosenausschuß, diese Schikane abzustellen. Solange die Schikane nicht aufgehoben ist, raten wir den Arbeitslosen, ihre Zeiteinteilung beim Stempeln einzuhalten, damit ihnen nicht auf 8 Tage die Arbeitslosenunterstützung entzogen werden kann.

Ein Arbeitsloser.

Administrative Schlampelei bei der IBK und Finanzauszahlungsstelle in Graz.

Tagtäglich spielen sich Szenen bei der Finanzab. Empört gehen viele Arbeitslose weg, ohne einen Groschen zu bekommen, oder nur für 1—3 Tage die Unterstützung. Wenn man sie fragt, so heißt es, die „Anweisung“ für die Verlängerung sei nicht da. Obwohl die Arbeitslosen 4 Wochen vor Ablauf ihrer Frist um Verlängerung angesucht haben, müssen sie oft noch einige Tage (auch Wochen) warten. 4—5mal werden sie hin- und hergejagt, bei einer Gehzeit von anderthalb Stunden von Finanz bis in die Ohegasse (Arbeitsamt). Das größte Durcheinander herrscht in der Versicherungsabteilung. Aber wenn die Arbeitslosen nicht ihre vorgeschriebene Zeit einhalten, wird sofort mit Strafe vorgegangen. Wir fordern von der Gewerkschaft, daß sie Ordnung macht, ansonsten werden wir zur Selbsthilfe greifen. Wir können unseren Kindern und Frauen nicht den Hunger stillen, indem wir sie verströben auf bessere Zeiten. Aber auch der Kaufmann läßt sich nicht verströben, bis die Herren gesonnen sind, in ihren Sauhaufen zu leuchten. In 4 Wochen ist Zeit genug gegeben, um die „Anweisungen“ für die Verlängerungen zu erledigen. Diese Herren müssen beim Ordnunghalten erst bei sich selbst anfangen.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Josef Güttel, Holzarbeiter, Wien, XXI., Strückgasse 4. (Im Auftrage der Komm. Linksoption.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52b.

Was uns Arbeiter schreiben.

Grazer Naziüberfall auf Jungfrontler und Antifa-Genossen u. die Sozialdemokratie

Der Parteivorstand der SP gab die Weisung, die Naziversammlung am 6. d. M. im Sandwirtsaal nicht zu besuchen. Trotzdem versammelten sich viele Jungfrontler und Arbeiter in den Gassen um das Versammlungslokal. Die Nazi stürmten in Rolkommandos organisiert gegen die Arbeiter. Auf der von Nazis besetzten Albrechtsbrücke, die die Arbeiter nicht passieren ließen, bekam der Nazi Asmann einen Stuch in die Brustwarze, an dem er kurz darauf einging; ein zweiter wurde schwer verletzt. In den darauffolgenden Tagen haben die zu Trupps organisierten Nazi jeden Arbeiter mit dem „drei-Pfeile-Abzeichen“ überfallen und niedergeschlagen; darunter auch prominente SP-Funktionäre und Jungfrontler. Die Polizei intervenierte dabei in der Regel zugunsten der Nazi!

Selbst das Parteihaus der SP wurde von den mit Eisenstangen bewaffneten Nazi bedroht. Dabei entstand die kämpfende Arbeiter-Einheitsfront. Schutzbündler, Jungfrontler, Arbeiterwehler und Gruppen der linken Kommunisten formierten sich, um einen eventuellen Angriff abzuwehren. Durch die feige Kapitulationspolitik der SP-Bonzen, die als erste ihre 3 Pfeile abnahmen, gelang es den Nazi tatsächlich, die Arbeiter einzuschüchtern, und viele folgten dem Beispiel ihrer „Führer“. Wie ist diese Handlung der SP-Bonzen mit den üblichen Aufforderungen in der SP-Presse vereinbar, wo es heißt, Genossen, tragt euer Kampfabzeichen, die 3 Pfeile? Wenn dieses Kampfabzeichen aber zur Tat auffordert, stecken es die Führer in die Westentasche. Diese Handlung charakterisiert schlagend die ganze Politik der SP-Führer.

Diese Naziprovokationen und ihre Abwehr durch die Arbeiter gingen dem Parteivorstand auf die Nerven, und er berief eine Vertrauensmännerkonferenz ein, in der Marchold referierte. Er bedauerte es tief, daß ein Nazi gefallen ist, und verwies auf die geistigen Waffen und den Stimmzettel, die die Nazi niederzwingen sollen. Die Grazer Vertrauensmänner waren aber anderer Meinung, sie haben genug vom Stimm-

zettel und den geistigen Waffen. Sie riefen Marchold entgegen: „Wir sehen, wie weit wir mit geistigen Waffen gekommen sind!“ Marchold richtete seine Angriffe besonders gegen die Jungfrontbewegung und meinte, es müsse Schluß damit gemacht werden, daß die Jungfront die Partei führt, und forderte energisch, daß sich die Jungfront der Partei fügen müsse. Gen. Fischer, Jungfrontfunktionär, führte aus, daß die Jungfront aus Protest gegen das Verbot der Partei, die Naziversammlung zu besuchen, sich auf den Straßen versammelt habe. Gen. Stegu und Scholz forderten energisch die Mobilisierung des Schutzbundes zum Kampf gegen der Naziterror. Scholz beantragte in diesem Sinne eine Resolution, die aber verstümmelt der Resolution des Parteivorstandes beigelegt wurde. Rosenwirth und Gröllner zogen die Bremse besonders scharf an und spielten ihre Rolle sehr gut.

Die Grazer Arbeiter, sowie auch die Arbeiter von Bruck a. L. und Leoben haben recht gehandelt. Auf einen groben Klotz gehört ein großer Keil. Die Nazi-bewegung ist der gefährlichste Feind der Arbeiter. Durch ihren Terror wollen sie die Arbeiterschaft einschüchtern, um sich den Weg zur Macht freizumachen. Nichts wäre gefährlicher, als die Rezepte der SP-Bonzen. Nur durch die aktive, revolutionäre Tat ist dem Faschismus bezukommen. Nicht die Verteidigung oder gar Duldung, sondern der Angriff ist die einzig richtige Methode im Kampfe gegen den Mordfaschismus. Arbeiter, seid gerüstet und handelt geschlossen und ohne Zaudern!

Grazer Kommunisten, einigt Euch!

Ein Grazer Genosse schreibt uns: Seit dem 11. Parteitag ist eine günstige Etappe für die Entwicklung und Entfaltung der Partei ungenützt verstrichen. Die Krise der Partei findet ihren besonderen Ausdruck in der Fluktuation von noch nie dagewesenen Ausmaße. Sie erschüttert und lähmt den Arbeitseifer der Genossen. Die Kaderfrage ist nur ein Vorwand zur Hetze der Parteibürokratie gegen die ältesten Parteiarbeiter. Die Scheinoperationen mit der bolschewistischen Selbstkritik lösen nicht jene Wunderwirkungen aus, die die Parteibürokratie zur Einlenkung der tiefen Unzufriedenheit so dringend benötigt. Unter dem Druck dieser Verhältnisse ging das ZK daran, in allen Gebieten Konferenzen zu organisieren, deren Zweck